Freidenker

zwischen Havel und Oder

Eine Information des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.



Quelle: Guido Höfer / pixelio.de

Allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011

Vorbemerkt

So, nun habe ich es doch geschafft, mir das "Vorwort" (gleich die Schlussredaktion) zu ergattern. Nicht ganz so lange dauerte es dieses Mal, von der anfänglichen Idee bis zum letzten Komma & Punkt, mit der Produktion dieser Ausgabe unserer Mitaliedsinfo "Freidenker zwischen Havel und Oder" fertig zu werden. Wir haben bemüht einen "goldenen Wea" zwischen reinem Terminblatt und dem FREIDEN-KER unseres Bundesverbandes zu finden. Wir hoffen, dass wir das ganz gut hinbekommen haben. Und da sind wir schon bei unse-



Durch geschicktes "Doofstellen" – freilich auf technisch hohem Niveau – hat man auch in Zukunft mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge im Leben.

ren guten Vorsätzen für dieses Jahr, denn wir möchten neben dem FREI-DENKER wieder regelmäßig in vernünftigen Abständen unsere eigene Mitgliederinformation herausbringen. Platz für Eure und unsere Informationen haben wir da sicherlich, ebenso für Dieses und Jenes aus unserem Brandenburgischen Freidenker-Verband e.V., aber auch Aufgeschnapptes aus dem Bundes- und den anderen Landesverbänden. Vorrangig werden wir diese Ausgaben als eZine im Adobe PDF-Format auf unserer Webseite, http://www.brandenburger-freidenker.de, für Euch zum Download bereitstellen. Mitglieder ohne Internetzugang bekommen die Mitgliedsinfo natürlich als normales Heft zugesandt, ggf. bitte beim Vorstand melden. Wie immer freuen wir uns über Eure Hinweise und Kritiken an unserer Arbeit und natürlich noch mehr über Eure engagierte Mitarbeit.

Wer sich den beigefügten Veranstaltungsplan für 2011 anschaut, wird zum einen feststellen, dass wir mit der Planung doch bereits recht weit sind und zum anderen, dass wir wieder, wie gewohnt, recht viele verschiedene Themen querbeet in unseren Potsdamer Runden, aber auch zu den anderen Veranstaltungsterminen haben. Und ganz wichtig für Euch: Ihr könnt Euch immer noch einbringen mit Euren Ideen und Vorstellungen. Eure Mitarbeit ist sehr erwünscht. Weiter hinten in dieser Ausgabe gibt es mehr Informationen zu unseren Veranstaltungen in diesem Jahr.

Hab ich etwas vergessen? Dann schreibt es uns!

Jens Oldenburg

DEMO SA. 22.1.2011

START 12 UHR: BERLIN HBF. ABSCHLUSS: BRANDENBURGER TOR

NEIN ZU GENTECHNIK TIERFABRIKEN DUMPING-EXPORTEN

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE





Zukunft und Atomkriegsgefahr

Die herrschende Minderheit kümmerte sich nie um die unsozialen Folgen ihrer skrupellosen Ausbeutungs- und Herrschaftspraxis. War der Profit angemessen, Zusatzgewinne realisierbar und tastete niemand ihre Privilegien an, fand sie alles in Ordnung. Mochten auch Millionen Menschen darben oder verhungern: Was scherte sie deren Los. Das einfache Volk war eben nicht zur Gestaltung des eigenen Schicksals fähig. So las und hörte man es. Es bedurfte der Autorität der von Gott (angeblich) begnadeten und durch ihre Tüchtigkeit bevorzugten Minderheit. Raubbau an der Natur, der Lebensgrundlage der Menschheit, berührte die Macher von Superprofiten nicht.

Seit jedoch die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus immer stärker ins öffentliche Bewusstsein tritt, Kritik an der Skrupellosigkeit der Mächtigen und an privatwirtschaftlicher Dominanz wächst - auch wegen ihrer ökologischen Verantwortungslosigkeit -, entfaltet sich auch deren Interesse an Zukunftsfragen. Wie könnte Machtstabilisierung unter veränderten Bedingungen funktionieren? Bedürfte es nicht einer Vorwarnung, falls ihre Macht in Frage gestellt würde? Müsste man nicht vorsorglich unüberwindliche Barrieren aufstellen, bevor es zu spät ist?

Auch die gegenwärtige, keineswegs überwundene kapitalistische Krise sowie rasante Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse zu Lasten der NATO führten die herrschende Minderheit dazu, Prognosen erarbeiten zu lassen, um rechtzeitig reagieren zu können.

Der Auslandsgeheimdienst der BRD ließ kürzlich eine Studie erarbeiten. Nur der die Bundesregierung betreffende Teil blieb unveröffentlicht. Bei aller Fragwürdigkeit kapitalistischer Prognosen: auch die Linke sollte wissen, worauf sich die herrschenden einstellen.

Welche Perspektive ist die realistischere?

1. Eine Möglichkeit wäre die weiter andauernde Vormachtstellung der USA. Die Krisenfolgen würden langsameres wirtschaftliches Wachstum bei unaufhaltsamem Aufstieg Chinas mit sich bringen. Eine langsame Machtverschiebung von der NATO nach Ostasien sei wahrscheinlich. Ein geringeres globales Wirtschaftswachstum könnte mit höheren Rohstoffpreisen einhergehen. Bei rohstoffreichen Staaten würde Geldkapital akkumuliert sein bei geringeren finanziellen Spielräumen der NATO-Staaten, was deren globale Aktivität reduzieren müsste.

- 2. Dieses Szenario geht von der Dominanz Chinas aus. Die erschütterte kapitalistische Finanzwelt, die nicht mehr konkurrenzfähige US-Wirtschaft sowie die überdimensionale Außenverschuldung der USA begünstigen die globale Machtverschiebung. Die an Finanzmitteln knappen westlichen Staaten liehen sich in größerem Ausmaß Geld und gerieten in Abhängigkeit von Staaten mit großen Währungsreserven, wie z. B. China, aber auch von rohstoffreichen Ländern. Diese könnten dadurch Einfluss auf die Innenpolitik der NATO-Staaten nehmen. Die USA wären eine »Großmacht von Chinas Gnaden«. US-Dollar und Euro verlören Potenzen zugunsten des chinesischen Yuan. Rohstoffströme gerieten in den Sog Asiens. Ob sich dann Russland nach Westen orientiere oder als Juniorpartner Chinas agiere, sei offen, aber wesentlich für die weitere Entwicklung. China, bislang militärisch drittrangig, steigerte seine militärische Potenz und verfügte über globale Stützpunkte.
- 3. »Das Abgleiten in eine instabile Welt« wäre die dritte, »düstere« Variante mit der Herausbildung eines Weltkriegspotentials. Entglobalisierung und Re-Nationalisierung würden zugleich wachsende soziale Spannungen und allgemeine Unsicherheit fördern. Eine anhaltende Rezession könnte diese Ten-Manche Staaten verlören ihre Regierungsfähigkeit. denz verstärken. Szenario 2 werten Experten als das wahrscheinlichste. Eine solche Situation stellte die US-Führung vor die alternative: friedlicher Abstieg oder Kampf um die Weltmachtgeltung durch einen Atomkrieg gegen China. Weltbekannte Wissenschaftler wie E. Hobsbawm und M. Chossudowski warnten wiederholt vor einem US-Atomkrieg gegen China! Letzteres verfügt zurzeit über keine abschreckende Zweitschlagskapazität. Nur im Bündnis mit Russland hätte China diese Zweitschlagskapazität. Eine Weltkatastrophe drohe, falls in den USA abenteuerliche Politiker dominierten. Das Nach-uns-die-Sintflut-Denken mancher Kapitalherren könnte ihren Überlebenswillen aushebeln? »Wenn wir untergehen, dann die Welt mit uns« aus der Zeit der schrankenlosen Konfrontation ist in Erinnerung.

Selbst wenn das Armageddon, der in einer Katastrophe endende letzte Großkrieg, ausbleibt, werden die westlichen Finanz- und Kapitalherren versuchen, den Aufstieg Chinas zu blockieren, Russland auf ihre Seite zuziehen und die eigene Herrschaft zusichern: rücksichtslos zulasten der unterdrückten Klassen.

Die Skrupellosigkeit ihrer Machtbehauptung dürfte zunehmen. Jedoch hat alles in der Geschichte, vor allem der Menschheit, einen Anfang und ein Ende. Selbst beim Kapitalismus ist das so, auch wenn dessen Transformation voraussichtlich auf sich warten lässt. Aber auch hier gibt es Überraschungen. Ob die Kapitalherren gewaltlos abtreten? Kaum zu erwarten! Das hat Konsequenzen für die antikapitalistische Politik.

Es ist ein Entwurf, keine beschlossene Strategie. Die Schwerpunkte von »NATO 2020« zeichnen sich jedoch bereits ab. Weil die Zukunft »unsicher und unvorhersehbar« sei, ist die Bedrohungsanalyse umfassend. Es ist das alte »Worse-Case-Denken«, die Annahme des schlechtest zu denkenden Falls, das diese Planung charakterisiert. »Der Zugang zu einer ausreichenden

Versorgung mit Energie ist eine notwendige Bedingung für jeden Staat« heißt es. Das Rohstoffproblem steht an erster Stelle. Es ist an die Sicherheits-Gewährleistung gekoppelt.

Zu den bisher schon fixierten Risiken wie »Gefährdung der Rohstoffzufuhr, Störung zentraler Meeresversorgungsrouten, Sabotage an Energie-Pipelines und Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln« gesellen sich »Cyberattacken« hinzu, die man China und Russland unterstellt.

Neu und höchst risikosteigernd ist, dass man all diese »Bedrohungen« mit dem Artikel 5 der NATO-Charta beantworten will. D. h., dass es sich in solchen Fällen um einen »bewaffneten Angriff« auf einen oder mehrere NATO-Staaten handele, die den Bündnisfall auslösen! Die NATO-Staaten müssen sich schon sehr in der historischen Defensive se-



Lorenz Knorr

hen, wenn sie bei Vorfällen, die mit Verhandlungen zu klären sind, den Art. 5 der NATO-Charta bemühen. Die Euphorie der Jahre 1989 bis 1991 ist dahin. Ein Lieferstopp der OPEC oder eine Rohstoffblockade durch Russland, die u. U. gar nicht geplant, sondern wegen polnischer oder weißrussischer Durchgangssperren ausgelöst, sollen der casus belli, der kriegsauslösende Fall, sein? Das ist Hasardspiel. Der Schutz der globalen Lebensadern wird exzessiv interpretiert. Trotz gegenteiliger Bekundungen und im Widerspruch zu diesen hält man am out-of-area-Konzept fest. Also weltweiter Einsatzradius. »Zu diesem Zweck müssen die Verbündeten eine Umstrukturierung ihrer Kräfte weg von traditionellen Verteidigungsmissionen vornehmen«. Kein »Sollen«, ein »Müssen«. »Die Schlacht zum Feinde tragen« ist das Motto, also präventive Schläge auf Verdacht. Als Vorbild gilt Afghanistan, eine völkerrechtswidrige Aggression zur Erringung einer strategisch wichtigen Ausgangsposition im rohstoffreichen Nah-Ost-Gebiet. Stärker als bisher wird die Einbeziehung ziviler Akteure geplant. Ein »umfassender zivil-militärischer Einsatz« soll das Vertrauen und die Loyalität der Bevölkerung im Krisengebiet sichern. Allerdings

untergräbt man damit die Effektivität zivil-humaner Hilfe. Wenn zivile Hilfe als Funktion des Militärischen erscheint, geraten zivile Helfer in Gefahr, als Teil des Militärs identifiziert und bekämpft zu werden.

NATO 2020 plant »zivile Kapazitäten« an der Seite der Kampftruppen für erste »Stabilisierungsoperationen« nach Militäreinsätzen zu stationieren. Kämpfende Soldaten, die Besatzungsaufgaben übernehmen müssten, würden dann durch zivile Kräfte ersetzt. Das gilt als » Comprehensive Approach«, als umfassender Ansatz – mit Verwischung des speziellen Kombattantenstatus von zivilen Helfern.

Diese CIMIC (zivil-militärische Kooperation) soll die Sicherheit der Soldaten in einem instabilen Umfeld gewährleisten. Dabei bleiben die zivilen Komponenten der CIMIC dem Militärischen untergeordnet. Das ist schleichende Militärisierung, also keineswegs die behauptete »Zivilisierung militärischer Gewalt«. Tatsächlich ist das eine Verschleierung des militärischen Primats. Die Verschränkung ziviler Konfliktlösung mit robusten militärischen Mitteln soll die Effizienz des militärischen Einsatzes fördern. Konfliktlösung setzt Vertrauen voraus. Militäreinsätze zerstören Vertrauen. Die Finanzierung von CIMIC besorgen zivile Ministerien, der Rüstungsetat ist entlastet.

Das zeitraubende Konsensprinzip, die konsultierte Zustimmung aller NATO-Partner zu einer Militäraktion, d. h. zu einem Krieg, soll zur Beschleunigung aller Entscheidungsvorgänge gestrafft werden. Verzögerungen will man ausschalten. Notfalls Krieg ohne Konsultationen!

Die transatlantische Kooperation soll zur »Einheit des Westens« führen - trotz verschiedener Interessendivergenzen. Eine »gerechte Lastenverteilung« ist anvisiert. Im Klartext: die militärischen Kapazitäten der europäischen NATO-Staaten sind zu verstärken. Der prozentuale Aufwand der USA an den Weltrüstungsausgaben entspricht etwa 50 Prozent, die von Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen etwa 15 Prozent (alle NATO-Ausgaben ca.70 Prozent).

»Die volle Komplementarität zwischen NATO und EU ist essentiell«, wenn die Sicherheit in der NATO verbessert werden soll. (Wessen Sicherheit in der NATO verbessert werden soll, bleibt unbeantwortet. Sicherheit der Herrschenden ist stets Unsicherheit für die Beherrschten. Deren Sicherheit ist Unsicherheit für die Herrschenden.)

USA und NATO erhöhen ständig ihre Militärausgaben. Das nötigt andere, ebenfalls die Militärausgaben zu steigern. Das geht zu Lasten sozialer Investitionen, was innenpolitische Probleme auslöst. Das Missverhältnis zwischen Militär- und Bildungsausgaben ist skandalös. Pro Soldat gibt man ein Vielfaches aus im Vergleich zu den Pro-Kopf-Aufwendungen für SchülerInnen, StudentInnen und Lehrkräften. Die Verteilung der Gewichte im Staatshaushalt ist nicht nur ein finanzielles, sondern ein konzeptionelles Problem. Mehr Demokratie oder mehr Militär, mehr Emanzipation oder mehr Befehl-Gehorsam-Strukturen. Das hat etwas mit dem Charakter der jeweiligen Gesellschaft zu tun.

Die USA-Atombomben in Europa sollen nach diesem Entwurf bleiben. Die übergeordnete Kompetenz der UNO und ihrer Charta sind nicht erwähnt, also ignoriert. Die NATO agiert »selbstmandatiert«!

Obamas aufschlussreiche Dialektik

Zweifellos war es auch eine erfolgreiche gesellschaftliche Basisbewegung, die Obama ins Präsidentenamt brachte. Sein Ansehen wuchs zunächst relativ rasch, vor allem, als er sein Streben nach einer atomwaffenfreien Welt bekundete. Selbst wenn die ersten nuklearen Abrüstungsschritte von USA und Russland der damals bevorstehenden Nonprofilerations-Konferenz, der Überprüfung von Vertragserfüllung bei untersagter Weitergabe von Atomwaffen und nuklearem Knowhow, geschuldet blieben, war es ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings verfügen beide Staaten immer noch über ein mehrfaches Overkill.

Eine einmalige Fehlleistung produzierte Obama, als er bei der Verleihung des Nobelfriedenspreises zugleich US-Raubkriege rechtfertigte, als Präsident eines kriegsführenden Staates. Es sind völkerrechtswidrige Aggressionskriege zunächst gegen Irak, danach gegen Afghanistan. Globalstrategisch-wichtige Rohstoffregionen waren im Visier. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn Obama den Nobelfriedenspreis annimmt und zugleich US-Raubkriege rechtfertigt.

Das war nicht der einzige Fauxpas in Obamas Rede vom 10.12.2009 in Oslo. Es ist falsch, wenn er sagte: »Krieg trat mit dem ersten Menschen in Erscheinung«. Krieg setzt die Existenz von Soldaten voraus, sowie längerfristige materielle und mentale Vorbereitung, bzw. Angriffsplanung. Beides existierte in der Urgesellschaft nicht. Auch mit seiner These, es würde »immer Kriege geben« verkannte er, dass Kriege erst mit dem Privateigentum relevant wurden, mit dessen Expansionskraft und dass eine Gesellschaft mit demokratisierter Wirtschaft nicht mehr benötigt.

Obama erwähnte die Existenz des »Bösen« und lenkte damit von realen Besitz- und Expansionsinteressen ab. Dem »Krieg gegen das Böse« (bei dem die USA »das Gute« verkörpern) wies er eine moralische Funktion zu, womit er das Geschäft derer betrieb, die an Rüstung und Krieg profitieren. Obama erklärte: »Regimes, die alle Regeln brechen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden«. Gilt das nicht für die USA, die permanent die Regeln UNO-Charta verletzen? Wieder Obama: »Wir können anerkennen, dass es Unterdrückung immer geben wird!« Er leugnet also sozialen Fortschritt und unterstellt wie Nietzsche die ewige Wiederkehr des Gleichen. Verweist er damit indirekt emanzipatorische Fortschritte in den Bereich des Terrorismus?

Obama ist mitverantwortlich auf das US-Drängen auf verschärfte Sanktionen gegen Iran sowie die Bestellung von Kriegsschiffen vor der Küste Irans. Damit hilft er jenen, die an der Verschärfung, der internationalen Beziehungen profitieren. Ein gegen den Iran - von Obama nicht ausgeschlossen - könnte zu

einem Flächenbrand in Nahost führen. Die Reaktion arabischer Fundamentalisten wäre zu bedenken. Warum propagiert Obama keine atomwaffenfreie Zone in Nahost? Das wäre für einen Nobelfriedenspreisträger die Option. Auch Obamas Verhältnis zu Kuba folgt alten Praktiken.

Obamas bekundeter Wille zu normalisierten Staatsbeziehungen im Allgemeinen ist das eine. Sein Eingebundensein in überkommene Strukturen ist das andere. Es ist nicht mehr der Militär-Industrie-Komplex (MIK), der heute strategische Positionen vorgibt. Gegenwärtig wirkt der Finanz-Militär-Komplex (FMK). Dieser diktiert nicht nur die Global Player. Auch der Generalität wird vorgegeben, in welche Richtung zu marschieren ist. Zwar ist der US-Präsident Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte, faktisch jedoch hat das Finanzkapital via FMK die längeren Arme.

Insofern wächst das Atomkriegsrisiko in dem Maße, in dem die Finanzherren durch Krise und veränderte globale Machtrelationen zu Gunsten Chinas in die historische Defensive gedrängt sind. Sind sie dann alles zu riskieren bereit auch das Armageddon? Das Atomkriegsrisiko wächst auch dann, wenn es an gezielten Aktionen der Weltfriedenskräfte fehlt.

Gegenwärtig ist die soziale Problematik im Vordergrund des Interesses. Aber die Friedenskräfte sollten nicht nur, obwohl dies das Nächste ist, die Kriegspolitik Berlins attackieren. Die Atomkriegsgefahr droht von den USA, auch unter Obama.

Unsere Veranstaltungen im Jahr 2011

Anfang Januar trafen wir uns im Rahmen der Potsdamer Runde und haben für dieses Jahr (2011) die verschiedensten Themen für unsere Gesprächsrunden, sowie für unsere kulturellen Höhepunkte im Jahreskreis, für die Tag- und Nachtgleichen und den Sonnenwenden, zusammengetragen. Mit dieser Ausgabe unseres Mitgliederinfos erhaltet Ihr einen derzeit aktuellen Veranstaltungsplan. Dieser kann oder wird sich aber aus verschiedenen Gründen noch ändern. Über diese Änderungen informieren wir Euch natürlich wie üblich über unsere Webseite und dem dort untergebrachten Veranstaltungskalender, aber auch über unseren elektronischen Newsletter. All das ist zu finden über die URL http://www.brandenburger-freidenker.de oder zu erfragen über unsere E-Mail-Adresse vorstand @brandenburger-freidenker.de.

Für Mitglieder, die nicht über einen Internetzugang verfügen, sind wir weiterhin über Telefon und normaler Briefpost erreichbar. Unsere Kontaktinformationen findet Ihr am Ende dieser Mitgliederinformation.

Tag- und Nachtgleiche am 19. März 2011

Besuch des **WUKANIA Projekthofs** am Wukensee, Ruhlsdorfer Str 45 in Biesenthal bei Bernau



Dieser Projekthof ist ein Experiment aus den kapitalistischen Verwertungsverhältnissen auszubrechen:

"Die Häuser denen, die drin wohnen – die Betriebe denen, die dort arbeiten"

Mit diesen Forderungen sollte dem Zwang zu Profitorientierung und Kapitalakkumulation ein Schnippchen geschlagen werden. Aus Erfahrungen entstand die Idee, Eigentum und Nutzung zu trennen. Wir wollen deshalb Wege finden, wie selbstverwaltete Wohn- und Arbeitsprojekte ihre Utopien in Häusern und Grundstücken erproben können, die "niemandem" gehören – also weder angeeignet noch profitabel verwertet werden können. Zu diesem Zweck haben wir die 'Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit' gegründet. Das zentrale Werkzeug um Re-Privatisierung auszuschließen, ist die Rechtsform der Stiftung.

Wir wollen die Entwicklung und Erprobung solidarischer und gemeinschaftlicher Wohn-, Lebens- und Arbeitsprojekte umfassend unterstützen, sowohl in bestehenden als auch in neu gegründeten Gruppen. Wir tun dies, indem wir den ökonomischen Druck auf die Projekte mildern und Sach- und Fachkompetenz in allen wichtigen Bereichen zur Verfügung stellen. Damit werden in den einzelnen Projekten Ressourcen freigesetzt, um mehr Raum für die eigentlichen Projektziele zur Verfügung zu haben.

Wir wollen die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung von kollektiven/ selbstverwalteten Projekten fördern und die Vereinzelung auch bereits bestehender Gruppen aufheben.

Die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) lernt und entwickelt sich durch gemeinsame Prozesse und ist somit selbst ein Experiment.



Brandneues	Der Wukania Projektehof ist ein Gemeinschaftsprojekt engagierter Menschen in Biesenthal. Wir wollen einen Projektehof aufbauen, der ein ZUSAMMENLEBCN und - WIRKEM in einer generationsübergreifenden GEMEINSCHAFT ermöglicht. Jeder Einzelne ist aktiver Teil dieser Gemeinschaft und soll sich in ihr wohl fühlen können. Okologische und soziale Grundsätze blieden das Fundament des Zusammenlebens. TOLERANZ und VIELFALT werden gefördert. In Wukania können durch Projektgruppen sowahl Wohnmöglichkeiten als auch Raum für oknomisches und kreattwes Wirken in gemeinsamer Verantvortung geschaffen werden. Die Stadt BIESENTHAL ist der Lebensmittelpunkt des Wukania Projektehofes am Wukensee. Wukania tit OFFEN für alle, die mitmachen wollen - ob jung oder alt.	■ 29.01.2011 10.00 Kennenlern- und
Projektehof		Bautag
Projekte		26.02.2011 - 27.02.2011 10.00
Ideen		Kennenlern- und Bautage
Aktionen		 26.03.2011 - 27.03.2011 10.00 Kennenlern- und Bautage
Gegenseitig		
Selbstverständnis		
ProjektOFFENsive-Forum		
Termine		

Quelle: http://www.wukania.net

Wir wollen uns das Projekt zeigen lassen, uns Erfahrungen anhören, gemeinsam dort Kaffee trinken, plaudern und ggf. auch etwas mit anfassen. Vielleicht fährt die eine oder der andere wieder hin, um mitzuhelfen oder hat was für den Umsonsttag.

Zur Veranstaltung laden wir über unseren elektronischen Newsletter noch einmal gesondert ein bzw. könnt Ihr über Telefon nachfragen.

Bitte Euren Mitgliedsbeitrag nicht vergessen. Danke ©

Liebe Leute, bitte überweist uns Eure noch offenen Mitgliedsbeiträge für das letzte Jahr, also für 2010 und für das jetzt angefangene Jahr 2011, sofern Ihr es nicht bereits erledigt habt.

Der reguläre Jahresmitgliedsbeitrag beträgt 48 Euro. Wer mehr bezahlen möchte, was uns sehr freuen würde, möge bitte den Betrag, der über den regulären Mitgliedsbeitrag hinaus geht, mit einen Verwendungszweck versehen. Beispielsweise "48 Euro Mitgliedsbeitrag, 12 Euro Spende für die Arbeit des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V." Bitte nicht vergessen. Wer auf Grund seines eingeschränkten Einkommens nur weniger bezahlen kann oder, warum auch immer, mit seinen bisherigen Beitragszahlungen im Verzug ist, möge sich bitte an Ulf Rassmann wenden, um die weiteren Formalitäten zu klären. Unsere Kontoverbindungen könnt Ihr auf S. 12 nachlesen. Bitte beachtet, dass wir derzeit keinen Bankeinzug Eures Mitgliedsbeitrages vornehmen können.

DEMO SA. 22.1.2011 DEMO SA. 22.1.2011

START 12 UHR: BERLIN HBE. ABSCHLUSS: BRANDENBURGER TOR. START 12 UHR: BERLIN HBF. ABSCHLUSS: BRANDENBURGER TOF



Brandenburgischer Freidenker-Verband e.V.

Konto 3503 3158 10, BLZ 160 500 00 bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Ralf Lux, Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480 Potsdam, Telefon (0331) 610565 Ulf Rassmann, Fürstenwalder Weg 30, 15711 Königs Wusterhausen Jens Oldenburg, Kantstr. 29, 14471 Potsdam, Telefon (0174) 4605047

<u>E-Mail</u> vorstand@brandenburger-freidenker.de Web http://www.brandenburger-freidenker.de

Weitere Quellenangaben

Lorenz Knorr: Zukunft und Atomkriegsgefahr aus ICARUS 4/2010 Comic auf Seite 2: Stefan Bayer / pixelio.de